

IN DIESER AUSGABE:

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN  
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN  
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI  
ARTIKEL DES MONATS  
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)

**MITGLIED VON BUSINESSEUROPE**

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13  
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76  
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93  
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399  
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46  
U S A : 1250, 24<sup>th</sup> Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771  
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206  
[berlinoffice@tusiad.org](mailto:berlinoffice@tusiad.org) [www.tusiad.org](http://www.tusiad.org)

## MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

### Erdoğan in Brüssel : Effektiv ergebnislos

Er poltert nicht, aber er bleibt bei seiner harten Linie: Der türkische Premier Erdoğan verteidigt während seines Besuchs bei der EU in Brüssel den brüskten Umgang mit der Justiz und unliebsamen Beamten in seinem Land. Am Ende erlaubt er sich, auf eine Verschwörungstheorie anzuspielen. Ganz am Ende, als eigentlich alles gesagt war, fand es Recep Tayyip Erdoğan wichtig, die Europäer noch einmal an eine Zahl zu erinnern. "Die Türkei steht auf Platz 18 der größten Ökonomien der Welt", sagte der Ministerpräsident. Es könne durchaus sein, dass dies nicht jedem gefalle. Da war sie wieder, die Verschwörungstheorie. Während seines Besuchs bei der Europäischen Union in Brüssel trat der Türke zwar nicht polternd auf, aber er wiederholte sein Lied von der Missgunst, die hinter der Kritik an ihm und seiner Führung stecke. Erdoğan habe seine Analyse der Lage in der Türkei präsentiert, so formulierten es EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und der Chef der EU-Kommission, José Manuel Barroso, im Anschluss an die Gespräche. Es sei eine "offene und ehrliche Diskussion" gewesen, sagte Barroso. Erdoğan sprach von einem "effektiven Treffen". Im Klartext: Der Ministerpräsident ist nicht abgerückt von seiner Linie. Er hat keine Fehler eingeräumt und schon gar nicht versprochen, seinen Umgang mit der Justiz oder unliebsamen Beamten wesentlich zu ändern.

#### *"Falschinformation und Desinformation"*

So ist während des Besuchs des Türken bei der EU auch kein neues Kapitel aufgeschlagen worden. Im Gegenteil: Sowohl die Spitzen der Union als auch die Besucher aus Ankara waren bemüht, wenigstens so weiterzumachen wie bisher. Während der Pressekonferenz beschwor Van Rompuy die gemeinsamen Interessen. Für die Union sei die Türkei ein außenpolitischer Schlüsselpartner. Der EU-Beitrittsprozess müsse ein "Anker der Reformen in der Türkei" bleiben. "Die EU und die Türkei sind enge Verbündete und es ist von größter Wichtigkeit, dass wir unsere Beziehung weiter vertiefen", sekundierte Barroso. Und auch er wartete mit einer Zahl auf: 75 Prozent der Investitionen in der Türkei kämen doch aus der EU. Das alles musste so ausführlich betont werden, gerade weil die 2005begonnenen Beitrittsverhandlungen von tiefer Verunsicherung geprägt werden. Im vergangenen November war es zum ersten Mal seit mehr als drei Jahren wieder gelungen, ein Beitrittskapitel zu eröffnen. Im Dezember folgte ein Rücknahmeabkommen und der Beginn von Verhandlungen über Reiseerleichterungen. Aber die Korruptionsaffäre und die Verfolgungswelle in der Türkei stellen - nicht zum ersten Mal - nun wieder den Willen Erdoğan infrage, sich europäischen Normen zu unterwerfen. Der Beitrittsprozess und der Respekt vor Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit seien zwei Seiten einer Medaille, betonte Van Rompuy. "Jede Demokratie glaubt an die Gewaltenteilung", sagte Erdoğan in seiner Entgegnung. "Wenn die Justiz aber ihre Macht in einer nicht unabhängigen Weise einsetzt, kann das Probleme verursachen", fügte er hinzu. Hier sei der Gesetzgeber gefragt, denn die Macht gehe nun einmal vom Volke aus. Mische sich die Justiz in die Belange der anderen Gewalten ein, gefährde das "die Qualität der Demokratie". Nur darum gehe es. Was ansonsten berichtet werde, sei "Falschinformation und Desinformation".

#### *"Wir wollen keine Last für die EU sein, sondern ein Motor"*

Am ungebrochenen Willen zur EU-Vollmitgliedschaft wollte Erdoğan trotzdem keinen Zweifel lassen. "Wir sind uns einig im Wunsch, den Beitrittsprozess voranzutreiben", versicherte der Ministerpräsident. Und auch Van Rompuy betonte, Ziel der Verhandlungen sei keine privilegierte Partnerschaft, sondern die Vollmitgliedschaft. Es bleibe beim Wunsch, möglichst bald neue Verhandlungskapitel zu eröffnen. Dabei geht es um die besonders heiklen Kapitel 23 und 24, die sich um Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung drehen. Erdoğan wiederum mahnte Fortschritte bei den Visa-Erleichterungen an, die für die Menschen in der Türkei von großer Wichtigkeit seien. In diesem Bereich tritt Deutschland traditionell als Bremser auf, was auch während eines Besuchs Erdoğan in Berlin in Kürze wieder zur Sprache kommen dürfte. Keinesfalls will der türkische Ministerpräsident als Bittsteller auftreten. "Als ein potenzielles künftiges Mitglied kann die Türkei einen positiven Beitrag zur globalen Stellung der Europäischen Union leisten", sagte er. "Wir wollen keine Last für die EU sein, sondern ein Motor." [Internet-Link](#)

**Türkei und EU reden aneinander vorbei**

Die EU sieht in der Türkei die Unabhängigkeit der Justiz bedroht. Premierminister Erdogan sieht dunkle Mächte am Werk. Nach dem Treffen Erdogans mit der Kommission in Brüssel bleiben viele Fragen offen.

Äußerlich entspannt mit mildem Lächeln steht der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hinter dem Rednerpult aus Plexiglas im Pressesaal des Ratsgebäudes der Europäischen Union in Brüssel. Er hört sich die kritischen Bemerkungen seiner europäischen Gesprächspartner gelassen an, auch die Fragen der Journalisten lässt er abperlen, während er flüchtig über seine grüne Krawatte streicht. Der türkische Premier, der zuhause wegen eines aufgedeckten Korruptionsskandals Minister feuern musste, ließ als Vergeltung für die Ermittlungen Hunderte Polizisten und Ermittler versetzen. Diese Maßregelung der Ermittlungsbehörden wurde von der EU als Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz gebrandmarkt. Erdogan erwiderte in Brüssel, die Unabhängigkeit der Justiz dürfe ja nicht zu einem Missbrauch ihrer Befugnisse führen. "Die Justiz darf nicht die Demokratie beherrschen", sagte Erdogan, der sich gleichzeitig zur Gewaltenteilung in seinem Land bekannte.

Der türkische Regierungschef war weit davon entfernt, einen Fehler einzugestehen oder dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy Besserung zu versprechen. Man habe aber "in aller Freundschaft" über alles gesprochen. Beide Seiten wollten am Beitrittsprozess für die Türkei festhalten. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy mahnte vorsichtig zur Einhaltung der Spielregeln: "Der Fortschritt bei den Beitrittsverhandlungen und politische Reformen sind die beiden Seiten der gleichen Medaille." Van Rompuy sagte, in der Türkei als Beitrittskandidat zur EU müssten weiter demokratische Grundsätze geachtet werden. "Das schließt die Gewaltenteilung und die Rechtsstaatlichkeit mit ein." Es sei wichtig, nicht hinter das Erreichte zurück zu fallen. Die Rechtssprechung müsse unabhängig agieren können, transparent und überparteilich.

Dunkle Mächte am Werk?

Zuhause hatte Recep Tayyip Erdogan von einer Verschwörung gegen ihn und die Türkei gesprochen. Der aufgedeckte Korruptionsskandal in seiner Regierung sei ein Werk ausländischer Mächte. In seiner Umgebung wurden die USA, Israel, aber auch die Europäische Union und vor allem die islamische Gülen-Bewegung als Urheber genannt. Diese Verschwörungstheorie ließ Erdogan auch in Brüssel wieder anklingen. "Die Türkei wird stärker. Vor zehn Jahren hatten wir eine Wirtschaftsleistung von 230 Milliarden US-Dollar. Heute sind es über 800 Milliarden." Die Türkei sei heute weltweit die Wirtschaftsmacht Nummer 18, so Erdogan weiter. "Das mag einigen Leuten und Gruppen unangenehm sein. Das könnte zu einer negativen Haltung gegenüber unserem Land führen. Herman Van Rompuy und ich haben das offen diskutiert und werden das auch weiterhin tun." Die EU und die Türkei hatten nach langer Pause im November 2013 ein neues, nicht besonders heikles Kapitel der schleppend verlaufenden Beitrittsverhandlungen eröffnet. Im Dezember, einen Tag bevor der Korruptionsskandal losbrach, hatte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström einen Dialog über Visa-freien Reiseverkehr für Türken in die EU begonnen. Zuvor hatte sich die Türkei zur Rücknahme eigener Bürger verpflichtet, die sich illegal in der EU aufhalten. Diese Fortschritte gelangen, obwohl die Europäer noch im Sommer das gewaltsame Vorgehen der türkischen Polizei gegen Demonstranten verurteilt hatten.

Viele Fragen unter guten Freunden - wenig Antworten

EU-Kommissionspräsident Jose Barroso machte deutlich, dass die EU die Türkei weiterhin als Mitglied aufnehmen will, Fragen müssten aber gestellt werden: "Gerade wegen unserer wichtigen Beziehungen und deren Entwicklungsmöglichkeiten sind wir, wie viele andere in Europa, besorgt über die jüngsten Vorgänge in der Türkei. Ich habe diese Sorgen heute Premierminister Erdogan als ehrlicher Freund und Partner vorgetragen. Die Frage ist, was passiert eigentlich genau in der Türkei?" Der türkische Gast, der zum ersten Mal seit fünf Jahren nach Brüssel gekommen war, beantwortete die Frage nicht, sondern versicherte nur, dass es schön sei, über "alle Gedanken sprechen zu können." Um Erdogan nicht zu verärgern, versicherte EU-Ratspräsident Van Rompuy, die EU wolle sich nicht in die inneren politischen Angelegenheiten der Türkei einmischen. "Wir dürfen die politische Lage nicht analysieren. Das ist eine interne Sache. Das muss die Türkei selbst analysieren. Wir

kümmern uns um Rechtsakte und Gesetzestexte. Das schauen wir uns an und nur dazu sagen wir unsere Meinung."

Auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist besorgt über die Art und Weise, wie Premierminister Erdogan Justiz und Ermittlungsbehörden unter die Kontrolle der Regierung bringen will. "Jedenfalls gibt es da viele offene Fragen, auf die die Europäer bisher keine Antwort haben. Sagen wir einmal so: Je mehr die Antworten ausbleiben, desto schwieriger wird auch der Umgang mit einer Thematik, die wir eigentlich vom Tisch hatten, nämlich der Eröffnung von neuen Kapiteln." Die EU-Kommission und die türkische Regierung verhandeln derzeit über die Eröffnung von zwei weiteren Verhandlungskapiteln im Rahmen der Beitrittsgespräche. Dazu ist jedoch ein einstimmiges Ja aller 28 Mitgliedsstaaten notwendig. Frank-Walter Steinmeier sagte nach einem Treffen der Außenminister der EU am Montag, noch habe keiner die Aussetzung der Beitrittsgespräche angeregt.

#### Heftiger Streit nach Hitler-Vergleich

Bei einem Gespräch des türkischen Regierungschefs mit den Vorsitzenden der Fraktionen im Europäischen Parlament kam es zu einem Eklat. Erdogan rechtfertigte sein Vorgehen gegen die Justiz im eigenen Land mit seiner breiten parlamentarischen Mehrheit. Er sei schließlich gewählt. Der grüne Fraktionschef, Daniel Cohn-Bendit, bemerkte, auch der nationalsozialistische Diktator Adolf Hitler sei gewählt worden und habe eine breite parlamentarische Mehrheit gehabt. Recep Tayyip Erdogan verbat sich diese Vergleiche in einem heftigen und lautstarken Wortwechsel mit dem grünen Politiker, berichten Teilnehmer der vertraulichen Runde.

Die Episode zeigt, dass die Stimmung zwischen der EU und der Türkei auf einem Tiefpunkt angekommen ist. Eine Annäherung gab es zwischen den EU-Spitzen und dem türkischen Premier in Brüssel kaum, auch bei der Frage der Anerkennung des EU-Mitgliedslandes Zypern durch die Türkei war keine Bewegung zu erkennen. Beide Seiten erklärten aber, sie seien bereit, weiter miteinander zu sprechen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, Elmar Brok (CDU), sagte in einem Interview mit der Deutschen Welle, Erdogan müsse die Unabhängigkeit der Justiz bewahren, weil sie ein zentraler Bestandteil jeder Demokratie sei.

Brok zeigte sich schon nach den Demonstrationen in Istanbul im Sommer 2013 skeptisch angesichts des Führungs- und Politikstils von Ministerpräsident Erdogan. "Je länger Erdogan im Amt ist, desto autoritärer wird er, desto weniger lässt er Widerspruch zu und desto einsamer entscheidet er", so Brok. Recep Tayyip Erdogan ist seit fast elf Jahren Regierungschef. Er reformierte die Türkei so weit, dass 2005 nach Jahrzehnten langer Wartezeit Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen werden konnten. In diesem Jahr wollte sich der 59-jährige Erdogan eigentlich zum Staatspräsidenten wählen lassen und so seine politische Karriere krönen. Doch der Widerstand gegen Erdogan wächst laut Medienberichten sogar in der eigenen AK-Partei. [Internet-Link](#)

#### Raketenabwehr soll in der Türkei bleiben

##### *Anti-Terror-Einsatz wird auch verlängert*

Die Bundeswehr soll sich weiter mit bis zu 400 Soldaten am Schutz des Nato-Partners Türkei(Link: <http://www.welt.de/themen/tuerkei-reisen/>) vor Angriffen aus Syrien beteiligen. Das Bundeskabinett stimmte gestern dem Verbleib von zwei "Patriot"-Raketenabwehrstaffeln an der türkisch-syrischen Grenze für ein weiteres Jahr zu. Auch die Mission zur Bekämpfung des Terrorismus im Mittelmeerraum "Active Endeavour" (Energische Bemühungen) soll in eingeschränkter Form fortgesetzt werden. Daran sollen sich weiterhin deutsche Schiffe sowie Besatzungen von "Awacs"-Aufklärungsflugzeugen beteiligen können. Der Einsatz war 2001 als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September in den USA (Link: <http://www.welt.de/themen/usa-reisen/>) beschlossen worden.

Der Bundestag muss der Verlängerung beider Missionen noch zustimmen. Die Nato schützt die Türkei seit Januar 2013 mit "Patriot"-Raketenabwehrstaffeln vor Angriffen aus Syrien. Ankara hatte darum gebeten, nachdem im Grenzgebiet auf türkischer Seite mehrfach Granaten aus Syrien eingeschlagen waren. Dagegen können die "Patriots" zwar nichts ausrichten. Das syrische Regime verfügt aber auch über Raketen mit einer Reichweite von 700 Kilometern, die einen großen Teil des türkischen Staatsgebiets erreichen könnten. Vor solchen Angriffen sollen die Nato-Abwehrraketen schützen. Der Einsatz ist rein defensiv ausgerichtet. [Internet-Link](#)

## WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

### Nicht nur die Fed ist schuld

*Die Zinsanhebung der türkischen Zentralbank half nur kurzzeitig: Nach neuen Entscheidungen der US-Zentralbank gerät die Lira erneut unter Druck. Aber die Probleme in der Türkei sind teilweise selbst verschuldet.*

Von 4,5 auf gleich 10 Prozent - mit der drastischen Anhebung des Leitzinses hatte sich die Zentralbank in Ankara Mitte der Woche über den erklärten Willen von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hinweggesetzt. Viele Beobachter sahen die Entscheidung deshalb auch als Zeichen der Unabhängigkeit der Währungshüter. Das Regierungslager dagegen bekräftigte seine Skepsis. Erdogan selbst sagte, er lehne Zinserhöhungen weiter ab. Er befürchtet, dass höhere Zinsen die Investitionen und den Konsum in der Türkei bremsen und so die Konjunktur abwürgen könnten - und das kurz vor den Kommunalwahlen im März.

Die regierungsnahe Zeitung "Yeni Safak" sprach sogar von einem "Zins-Putsch" und einem Sieg der "Zins-Lobby": Damit meinte Erdogan in- und ausländische Anleger, die angeblich auf hohe Zinsen setzen, um der Türkei damit zu schaden. Das Wachstumsziel von vier Prozent in diesem Jahr sei nun nicht mehr zu erreichen; die Zeche würden Unternehmen und Verbraucher in der Türkei zu zahlen haben, warnte "Yeni Safak". Außerdem sei der Sturzflug der Lira nicht aufgehalten worden.

#### *Schwenk der Fed*

Die Türkei ist bei Weitem nicht das einzige Schwellenland, das die Folgen der Entscheidungen der Federal Reserve in Washington zu spüren bekommt. Auch Indien, Brasilien, Südafrika und andere Staaten sind betroffen. Sie alle haben in den vergangenen Jahren davon profitiert, dass internationale Anleger für ihr Geld attraktive Standorte suchten, nachdem die Fed mit milliardenschweren Anleihenkäufen in den USA die Zinsen dort nach unten getrieben hatte.

Doch die Zeit der Dollar-Schwemme in den Schwellenländern geht zu Ende: Die Fed fährt ihre Anleihenkäufe herunter. Da nun in den USA wieder höhere Zinsen winken, ziehen viele Anleger ihr Geld aus den Schwellenländern ab. Länder wie die Türkei können zwar versuchen, durch höhere Zinsen - also höhere Erträge für Anleger - gegenzusteuern, doch der Trend läuft klar in die andere Richtung.

#### *"Die guten Zeiten sind vorbei"*

Alles auf die Fed zu schieben, wäre dennoch zu einfach, sagt Sinan Ülgen, Direktor der unabhängigen Istanbuler Denkfabrik EDAM. Das türkische Wachstumsmodell sei gescheitert, urteilt Ülgen im Gespräch mit der Deutschen Welle. Der türkische Erfolg basiere auf weltweit niedrigen Zinsen und entsprechend viel Kapital in der Türkei. "Seit Jahren ist klar, dass es mit diesem Modell in dem Moment zu Ende geht, in dem Zentralbanken wie die Fed daran gehen, die Zinsen wieder zu erhöhen." Die Korruptionsvorwürfe gegen Erdogans Regierung erschüttern zudem die politische Stabilität und erschrecken weitere Anleger.

Viel kann die Türkei nun nicht mehr tun, meint Ülgen. Ankara habe es in den vergangenen Jahren versäumt, die eigene Wirtschaft durch strukturelle Reformen zur Steigerung der Produktivität und zur Verbesserung der Bildung robuster zu machen. Dies seien langfristige Veränderungen, die ihre Wirkung erst mit einigen Jahren Verzögerung entfalteten, vergleichbar mit der Agenda 2010 in Deutschland, betont Ülgen. Die Türkei habe in den Jahren der Rekord-Wachstumsraten aber nie ein vergleichbares Reformprogramm auf den Weg gebracht. "Jetzt ist es zu spät", so Ülgens Fazit: "Die guten Zeiten sind vorbei."

#### *Erdogan und der "Plan B"*

Das sieht Ministerpräsident Erdogan naturgemäß ganz anders. In seiner Strategie für die Kommunalwahlen im März und die Präsidentschaftswahl im Sommer spielen die wirtschaftlichen Erfolge der vergangenen Jahre und das Wachstum in diesem Jahr eine große Rolle. Seinen Widerstand gegen die Zinserhöhung hat er gleich mehrmals deutlich gemacht. Gleichzeitig sprach er von einem "Plan B und einem Plan C" seiner Regierung für den Fall, dass die Maßnahmen der Zentralbank keine Wirkung zeigen sollten. In der Presse wird spekuliert, dass Erdogan unter anderem Kapitalkontrollen im Sinn hat, um den raschen Abfluss von ausländischem Geld zu verhindern.

Diese Art von drastischen Interventionen würde der Türkei am Ende jedoch noch mehr Schaden zufügen, sagt Emre Deliveli, Wirtschaftskolumnist der "Hürriyet Daily News". Denn in Zukunft würden sich Anleger dann zweimal überlegen, bevor sie ihr Geld in der Türkei investierten, sagte er der Deutschen Welle. Zudem dürften Kapitalkontrollen auch in der Regierung höchst umstritten sein. Ein Einspruch von Wirtschaftsexperten im Kabinett wie Finanzminister Mehmet Simsek und Vizepremier Sali Babacan sei programmiert, falls Erdogan tatsächlich solche Maßnahmen in Betracht ziehen sollte, so Deliveli: "Die werden an die Decke gehen." [Internet-Link](#)

### **Türkische Zentralbank erhöht Zinssätze drastisch**

*Um den Kurssturz der türkischen Lira zu stoppen, hat die Notenbank wichtige Zinssätze deutlich angehoben.*

*Gegen den Willen der Regierung*

Angesichts der anhaltenden Schwäche der Lira hat die türkische Zentralbank wichtige Zinssätze erhöht. Wie das Institut nach einer Dringlichkeitssitzung auf seiner Website mitteilte, wird der Zinssatz, zu dem sich Banken über Nacht frisches Geld leihen können, von 7,75 auf zwölf Prozent erhöht. Der wöchentliche Zinssatz für Rückkaufvereinbarungen steigt von 4,4 auf zehn Prozent.

Zuvor hatte die Bank erklärt, sie werde nicht zögern, "alle zur Verfügung stehenden Instrumente" zu nutzen. Zugleich verwies das Institut auf seine Unabhängigkeit. Die türkische Regierung hält eine Leitzinserhöhung für falsch und hatte zuletzt Druck auf die Bank ausgeübt.

Die türkische Lira hat in den vergangenen Wochen immer weiter an Wert verloren. Seit Dezember gab sie gegenüber dem Dollar und dem Euro um etwa zehn Prozent nach. Ein Grund ist der Korruptionsskandal im Umfeld der Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, der seit Wochen für Verunsicherung unter Investoren sorgt. Außerdem leidet die Lira, wie andere Währungen von Schwellenländern, unter der Entscheidung der US-Notenbank Fed vom Dezember, ihre ultralockere Geldpolitik zurückzufahren und das Volumen der monatlichen Anleihenkäufe ab Januar zu verringern. Dadurch wird es für Investoren wieder attraktiver, ihr Geld in den USA anzulegen anstatt in den Schwellenländern.

*Erdoğan betont Wirtschaftswachstum*

Kapitalverkehrskontrollen, die den Abfluss der Gelder stoppen oder bremsen könnten, lehnt Notenbankchef Erdem Başçı ab. Höhere Zinsen könnten hingegen Investitionen in türkische Papiere wieder attraktiver machen und damit der Lira Auftrieb geben, die am Montag auf ein Rekordtief zum Dollar gefallen war.

Erdoğan hatte sich vehement gegen eine Zinserhöhung zur Verteidigung des Währungskurses ausgesprochen. "Trotz aller Diffamierungskampagnen und all der Sabotage bahnt sich die türkische Wirtschaft ihren Weg auf solide und unverwüstliche Weise", sagte Erdoğan. 2013 seien so viele Autos, Kühlschränke und Waschmaschinen gekauft worden wie noch nie. Unter Erdoğan, der drei Wahlen gewonnen hat, erlebte die Türkei einen Wirtschaftsboom. Zur Finanzierung ihres Wirtschaftswachstums ist das Land allerdings stark von ausländischem Kapital abhängig. [Internet-Link](#)

### **Türkische Staatskrise drückt Lira auf Rekordtief**

*Der türkische Premier Erdogan gilt als Architekt des Aufschwungs. Doch der Korruptionsskandal erschüttert das Vertrauen der Finanzmärkte, die Lira sank auf den niedrigsten bisher verzeichneten Stand. Die Regierungspartei AKP will nun kritische Mitglieder ausschließen.*

Die Korruptionsvorwürfe gegen Mitglieder der türkischen Regierung sorgen auch unter Investoren für Unruhe: Die türkische Lira rutschte am Freitag auf ein Rekordtief. Zeitweise mussten für einen US-Dollar 2,1761 türkische Lira gezahlt werden - so viel wie noch nie. Außer der Landeswährung gerieten auch türkische Staatsanleihen und Aktien unter Verkaufsdruck, weil sich ausländische Investoren zum Teil aus dem Markt verabschiedeten. Bei den richtungsweisenden Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit stieg der Zinssatz im Vormittagshandel um 0,46 Prozent auf 10,27 Prozent. Zuvor hatte die Rendite mit 10,33 Prozent bereits den höchsten Stand seit 2010 erreicht.



Seit zehn Tagen erschüttern die Türkei Ermittlungen gegen Mitglieder der Regierung von Recep Tayyip Erdogan. Dabei geht es unter anderem um mutmaßliche Schmiergeldzahlungen, mit denen Sanktionen gegen Iran unterlaufen und illegale Baugenehmigungen erteilt worden sein sollen. In diesem Zusammenhang wurden die Söhne zweier Minister festgenommen, die daraufhin zurücktraten. Insgesamt tauschte Erdogan zehn von 26 Kabinettsmitgliedern aus, seinen eigenen Rücktritt lehnt er jedoch ab.

Der Skandal ist auch deshalb für Erdogan äußerst heikel, weil er bislang als Architekt des Aufschwungs in der Türkei galt. "Die jüngsten Meldungen unterminieren die Fassade der Wirtschaftskompetenz der Regierung", sagte der US-Anlagestratege Michael Shaoul von Marketfield Asset Management. Rücktrittsforderungen an Erdogan waren auch aus den eigenen Reihen gekommen, unter anderem von Umweltminister Erdogan Bayraktar, dessen Sohn zu den Festgenommenen zählt. Auf die interne Kritik reagierte die Regierungspartei AKP nun mit Parteiausschlussverfahren gegen drei kritische Abgeordnete. Dem bisherigen Kulturminister Ertugrul Günay sowie den Abgeordneten Erdal Kalkan und Haluk Özdalga werde vorgeworfen, Partei und Regierung mit ihren Bemerkungen geschadet zu haben, berichteten türkische Medien am Freitag.

Özdalga hatte im Korruptionsskandal an Präsident Abdullah Gül appelliert, sich in die Krise einzuschalten. Kalkan kam dem Ausschluss zuvor, indem er über Twitter seinen Austritt aus der AKP erklärte. "Unser Volk ist nicht dumm", schrieb er. Für Schlagzeilen sorgte in der Türkei die Ablösung des Istanbuler Staatsanwalts Muammer Akkas. Er war am Donnerstag von dem Fall abgezogen worden, bei dem regierungskritischen Medien zufolge auch im Umfeld von Erdogan ermittelt wurde. Akkas untersuchte nach einem Bericht der Erdogan-kritischen Zeitung "Today's Zaman" unter anderem mögliche Manipulationen bei öffentlichen Ausschreibungen.

Akkas hatte öffentlich beklagt, auf ihn sei Druck ausgeübt worden. Die Polizei habe seine Anordnung ignoriert, Verdächtige festzunehmen. Die Regierung hat zahlreiche ranghohe Polizisten austauschen lassen, darunter den Polizeichef Istanbuls. Ihr wird vorgeworfen, die Korruptionsermittlungen zu behindern. [Internet-Link](#)

## FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI

### Öger gründet mit 71 Jahren neue Firma



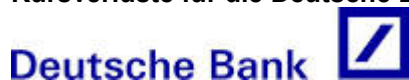
Hamburger Unternehmer will von April an wieder Pauschalreisen veranstalten. Elbchaussee 112 in einem Jugendstilhaus, das als Bürogebäude genutzt wird. Vural Öger sitzt am Schreibtisch und schaut seinen neuen Reisekatalog an. Der Mann kann es nicht lassen. Gut drei Jahre nach dem Verkauf seines Touristikunternehmens Öger Tours an den Wettbewerber Thomas Cook für 30 Millionen Euro will der deutsch-türkische Unternehmer nochmals richtig durchstarten. In Hamburg, wo auch Öger Tours entstand, hat er jetzt die Tourismusbranche mit der Gründung seiner neuen Firma V.Ö. Travel – Vural Öger Touristik überrascht. Mit Beginn der Sommersaison bietet V.Ö. Pauschalreisen in verschiedene Regionen der Türkei an. "Ab dem 10. April kann man mit uns fliegen", sagt Öger. "Wir werden an jedem deutschen Flughafen präsent sein und auch zahlreiche Ziele in der Türkei anfliegen." Unter anderem können Touristen mit V.Ö. Travel – Vural Öger an die türkische Rivera reisen, nach Istanbul, aber auch nach Anatolien. Denn der rührige Türke mit deutschem Pass besitzt auch die Fluglinie Öger Türk Tur, die fast jeden Flughafen in der Türkei anfliegt. "Ich brauche den Kick", sagt der agile Unternehmer, der im Februar seinen 72. Geburtstag feiern wird. Einfach nur den Ruhestand zu genießen, gelingt dem Unternehmer, der in Hamburg und in der Türkei lebt, nicht. Nach dem Verkauf von Öger Tours habe ihn die Branche "weiterhin fasziniert". Nun wolle er "vom Spielfeldrand wieder auf den Platz zurückkehren", sagt er. Unter anderem sollen ihn auch türkische Hoteliers zum Neuanfang gedrängt haben. Denn die deutschen Gäste, die gern an die türkische

Riviera reisen, sind dort sehr beliebt. Mit einigen Hundert Herbergen in dem Land hat er bereits Verträge abgeschlossen. Doch das ist nur der Anfang, weitere werden hinzukommen. Seine Kataloge mit fast 300 Seiten kommen noch im Januar in die Reisebüros. "Inzwischen haben wir bereits 1000 Reisebüros, die mit uns arbeiten werden", sagt Öger. Am Ende sollen es 10.000 sein. Langfristig will der Unternehmer auch Ziele wie Spanien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate ins Portfolio aufnehmen.

Öger kennt sich aus in der deutschen und türkischen Tourismusbranche. Bereits 1969 stieg er ins Reisegeschäft ein – nach einem unangenehmen Erlebnis. Am Hamburger Rathausmarkt setzte der frischgebackene Diplom-Ingenieur sein Auto versehentlich in Brand. Papiere, Geld, alles war weg. Hilfe suchte sich der junge Mann, der bereits im Jahr 1960 nach Deutschland einreiste, in einem türkischen Restaurant. Dort hing eine Werbung für Flüge von Düsseldorf in die Türkei. Öger übernahm die Idee für Hamburg. Er gründet in Hamburg das Reisebüro Istanbul. Die Geschäftsidee bestand darin, als erstes Unternehmen in Deutschland, Direktflüge von Hamburg in die Türkei durchzuführen. 20.000 Mark hat der aus Ankara stammende Einser-Abiturient und Diplom-Ingenieur in die Anmietung eines Flugzeugs investiert und die Tickets für 395 Mark pro Stück verkauft. Das Geschäft brummte, denn viele der damaligen "Gastarbeiter" nutzten Ögers Service, um nach Hause zu fliegen. Geholfen hat vermutlich zudem, dass die Konkurrenz ihn zu Beginn unterschätzte und gewähren ließ. Rund um die Fluglinie erweiterte Öger sukzessive das Geschäft zu einem Pauschalreiseveranstalter, der 1982 den Namen Öger Tours bekam. Auch in der Türkei ist der agile Mann geschätzt, nicht nur bei seinen Tourismuspartnern, sondern auch als Experte für beide Länder. Öger ist zwar ein Geschäftsmann, aber er kümmert sich auch um gesellschaftliche Themen wie die Einwanderungspolitik. Er gehörte 1998 zu den Mitbegründern der Deutsch-Türkischen Stiftung (DTS). Unter anderem hat er auch das Buch "Mein Deutschland, meine Türkei" geschrieben, in dem er sich für die Verständigung zwischen Türken und Deutschen einsetzt. Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments 2004 bis 2009 war er unter anderem im Ausschuss EU–Türkei.

In seinem neuen Unternehmen setzt der Chef darauf, wenige Kosten zu haben. Für die Verhandlungen mit den Hotels ist seine Tochter Nina zuständig, die in der Türkei lebt. Sie ist die älteste von Ögers drei Kindern und betreut auch die acht familieneigenen Hotels. Die beiden anderen studieren noch. In der Türkei betreibt er auch ein Callcenter mit türkischen Mitarbeitern, die auch Deutsch sprechen. In Hamburg beschäftigt er bislang 14 Mitarbeiter. "Wir werden ein Mittelständler in der Branche sein, der flexibler als die großen Konzerne ist", sagt Öger, der durch Schnelligkeit die großen Konzerne abhängen will. "Wir haben auch kürzere Entscheidungswege." Zudem hilft dem jungen Unternehmen, dass Öger bereits seit Jahren in der Türkei eine Firma betreibt, die die Reisenden am Flughafen empfängt und betreut. In diesem Jahr will Öger etwa 100.000 Pauschalreisen vermitteln. "Aber danach werden es mehr", sagt der Mann, der in seinen besten Zeiten mit seinem Unternehmen Öger Tours Umsätze im dreistelligen Millionenbereich erwirtschaftet hat. Doch es scheint nicht der Wunsch nach mehr Geld, der den Unternehmer antreibt, sondern eher der Drang, etwas zu erschaffen. Denn Nichtstun liegt Öger, der nach dem Studium in Deutschland sein Leben lang gearbeitet hat, nicht. [Internet-Link](#)

### Kursverluste für die Deutsche Bank



Im vierten Quartal 2013 fuhr die Deutsche Bank ein milliardenschweres Minus ein – und überraschte damit die Analysten. Der Kurs der Aktie sank daraufhin deutlich.

Die Aktie der Deutschen Bank sank am Montagmorgen um mehr als vier Prozent. Das Unternehmen hatte am Sonntag mitgeteilt, im letzten Quartal 2013 ein Minus von 1,2 Milliarden Euro vor Steuern erwirtschaftet zu haben. Damit liegt auch der Gesamtjahresüberschuss unter den Erwartungen der Analysten. Gründe für das Minus seien Rechtsstreitigkeiten und ein schwaches Investmentbanking. Auch die Aussichten seien nicht problemfrei, sagte das Deutsche-Bank-Führungsduo Anshu Jain und Jürgen Fitschen. "Wir erwarten, dass 2014 ein Jahr mit weiteren Herausforderungen und ihrer disziplinierten Bewältigung sein wird." [Internet-Link](#)



**Toyota bleibt die Nummer Eins**

Für Toyota beginnt das Jahr mit einem Erfolgserlebnis: Der Konzern bleibt der größte Autobauer der Welt, auch wenn er die historische Marke von zehn Millionen verkauften Fahrzeugen knapp verfehlt hat.

Mit 9,98 Millionen verkauften Autos hat Toyota im vergangenen Jahr den Titel als größter Autohersteller der Welt verteidigt. Das japanische Unternehmen verkündete am Donnerstag seine neue Rekordzahl und ließ damit die Rivalen General Motors (GM) mit 9,71 Millionen und Volkswagen mit 9,5 Millionen verkauften Autos erneut hinter sich.

Toyota war 2008 erstmals zum weltgrößten Autohersteller aufgestiegen und hatte damit die jahrzehntelange Führung von GM beendet. 2011 erlitt der Konzern einen heftigen Rückschlag, weil bei dem verheerenden Erdbeben und dem darauffolgenden Tsunami im März 2011 die Fabriken zahlreicher Zulieferbetriebe der Automobilindustrie zerstört worden waren. Doch schon 2012 war Toyota wieder Autohersteller Nummer eins. In diesem Jahr will der Konzern erstmals die magische Marke von zehn Millionen Autos knacken: Toyota rechnet mit 10,32 Millionen Stück, wie das Unternehmen am Donnerstag mitteilte. [Internet-Link](#)

---

**Mercedes-Benz meldet Absatzrekord**

Der Stuttgarter Autobauer Daimler hat im vergangenen Jahr einen neuen Absatzrekord bei seiner Pkw-Tochter Mercedes-Benz eingefahren. Weltweit haben sich fast 1,5 Millionen Kunden für einen Pkw dieser Marke entschieden. Wie der Dax-Konzern am Freitag in Stuttgart mitteilte, betrug der Zuwachs fast elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ein Schub kam vor allem von neuen Modellen wie der E-Klasse und dem Sportcoupé CLA. Jeder zweite CLA-Käufer sei von einer anderen Automarke gewonnen worden, heißt es.

Der Absatz stieg in allen Verkaufsregionen. Auf dem wichtigen Wachstumsmarkt China verzeichnete Daimler im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von mehr als elf Prozent. Daimler hatte zuletzt unter anderem mit der Umstrukturierung des Vertriebs wichtige Weichen in dem Riesenreich gestellt. Die Stuttgarter wollen ihre Erzrivalen BMW und Audi bis 2020 beim Absatz überholt haben.

Strategie aufgegangen

"Wir blicken auf das beste Jahr der Marke Mercedes-Benz zurück. Unsere Wachstumsstrategie geht auf", sagte Daimler-Vorstandschef Dieter Zetsche. Auch in Europa und den USA habe man weitere Marktanteile hinzugewonnen.

Im vergangenen Jahr hatte noch die Volkswagen-Tochter Audi mit 1,575 Millionen Fahrzeugen die Nase knapp vorn. Inklusive der gut 100.000 Smarts lieferte Daimler 1,56 Millionen Pkw an die Kunden aus. Auf ihrem größten Markt, den Vereinigten Staaten, steigerte Mercedes-Benz den Absatz um 14 Prozent auf 312.534 Fahrzeuge. Am krisengeschüttelten europäischen Markt lag der Zuwachs bei knapp sechs Prozent, während die Auslieferungen am Heimatmarkt Deutschland um 2,2 Prozent sanken. [Internet-Link](#)

---

**ARTIKEL DES MONATS****Leitartikel Türkei: Erdoğan blickt schweren Zeiten entgegen**

von Jennifer Fraczek



**Deutsche Welle, 30.01.2013**

Die türkische Währung verfällt, dem Land droht eine Wirtschaftskrise. Aus Sicht des Türkei-Experten Günter Seufert<sup>1</sup> ist Ministerpräsident Recep Erdogan maßgeblich selbst für die Situation verantwortlich.

DW: Die türkische Lira hat in letzter Zeit erheblich an Wert verloren. Was sind die Gründe für den Währungsverfall?

Günter Seufert: Ein Grund ist der Kurswechsel der US-Notenbank Fed, die im Mai angekündigt hat, dass sie ihren Kapitalausstoß zur Bekämpfung der Finanzkrise verringern will. Das führt dazu, dass ausländische Investoren Geld aus Schwellenländern wie der Türkei abziehen.

Schwerer wiegen aber die innenpolitischen Gründe. Die innenpolitische Krise in der Türkei erreichte Mitte Dezember einen vorläufigen Höhepunkt, unter anderem durch die Korruptionsermittlungen gegen Minister aus dem Kabinett Recep Erdogans. Seitdem hat die türkische Lira gegenüber dem US-Dollar um sechs Cent nachgegeben, während es in den sechs Monaten davor insgesamt vier Cent waren. Die Reaktion der Regierung auf die Korruptionsvorwürfe - Anrufe des Justizministers bei den Ermittlern, Massenversetzungen bei der Polizei - und die Tatsache, dass die Regierung Staatsunternehmen und die Steuerbehörde benutzt, um missliebige Firmen in den Ruin zu treiben, haben das Vertrauen der Anleger in das Land erschüttert. Zudem scheint die Türkei vor einer längeren Phase politischer Instabilität zu stehen. Die Regierungspartei AKP ist schwer angeschlagen, das zeigen auch Meinungsumfragen vor der Kommunalwahl am 30. März 2014. Gleichzeitig gibt es aber keine Partei, die die Macht übernehmen könnte.

Ist der Währungsverfall ein Zeichen für das Ende des Wirtschaftsbooms in der Türkei?

Ja. Die Türkei hatte zuletzt über mehrere Jahre hinweg ein Wirtschaftswachstum zwischen sieben und zehn Prozent. Für dieses Jahr rechnet man mit 3,4 Prozent. Mit dem aktuellen Wertverlust der Lira und der Zinserhöhung der türkischen Zentralbank wird sich die Lage für verschuldete - vor allem kleine und mittlere - Unternehmen und Bürger verschlechtern. In der Türkei sind viele Menschen relativ hoch verschuldet, weil viel auf Raten und mit Kreditkarten gekauft wird. Das heißt auch, dass die Nachfrage schrumpfen wird, was natürlich einen weiteren Rückgang des Wirtschaftswachstums zur Folge haben würde.

Die wirtschaftliche Stärke des Landes war immer ein Trumpf von Ministerpräsident Erdogan. Was bedeutet der Währungsverfall der Lira denn für seine machtpolitische Stellung?

Wir erleben bereits einen Rückgang der Unterstützung von Erdogans Partei. Sie galt lange als einzige Vertreterin des konservativen muslimischen Spektrums, jetzt gibt es jedoch einen Machtkampf zwischen ihr und der sunnitisch-muslimischen Gülen-Bewegung. Das spaltet Erdogans potenzielle Wählerschaft, und wegen seiner autoritären Tendenzen hat er kaum Möglichkeiten, aus dem säkularen Lager Stimmen zu gewinnen. Eine Wirtschaftskrise würde die Unzufriedenheit mit der Regierung weiter erhöhen.

Wie sich die politische Lage im Land entwickeln wird, lässt sich derzeit kaum vorhersagen. Wenn die Regierungspartei viele Stimmen verliert, kommt es möglicherweise zu einer Spaltung. Es könnte auch

<sup>1</sup> Günter Seufert ist Soziologe und Türkei-Fachmann bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er war bereits als Autor und freier Journalist in Istanbul tätig und arbeitete dort als akademischer Leiter des Orient-Instituts.

sein, dass im konservativen religiösen Lager neue Parteien gegründet werden oder dass sich Erdogan zurückzieht. Der Ausgang der Kommunalwahl wird von großer Bedeutung sein.

Erdogan war gegen eine Zinserhöhung. Was sagt es über das Verhältnis der Notenbank zur Regierung, dass sie nun trotzdem kam?

Das zeigt, dass die Notenbank, die sich jetzt als unabhängig präsentiert, gar nicht so unabhängig ist. Denn die Zinserhöhung hätte viel früher passieren müssen. Der Leitzins wurde von fünf auf zehn Prozent erhöht - eine immense Erhöhung und eine Reaktion, die auf eine gewisse Panik schließen lässt.

Was wird Erdogan tun, um trotz innenpolitischer und Wirtschaftskrise an der Macht zu bleiben?

Derzeit befindet sich das Land noch nicht in einer Wirtschaftskrise. Ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent ist verglichen mit dem Rest der Euro-Zone immer noch gewaltig. Wenn das Wachstum jedoch stagniert oder sich in einem Bereich von einem halben oder einem Prozent einpendelt, wird die Arbeitslosigkeit vor allem bei den jungen Leuten signifikant steigen, und das wird sich auf das Stimmverhalten auswirken.

Erdogan war noch nie mit einer so schlimmen Situation konfrontiert wie heute. Er verliert nicht nur innenpolitisch an Unterstützung, auch außenpolitisch war er im vergangenen Jahr alles andere als erfolgreich - und nun macht auch noch die Wirtschaft Schwierigkeiten. Es wird sich zeigen, wie groß seine politische Wendigkeit und sein politischer Verstand sind, um aus dieser Lage noch einen Ausweg zu finden.

Erdogan selbst ist anscheinend optimistisch, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht. Er sagt, die türkische Wirtschaft bahne sich "trotz aller Diffamierungskampagnen und all der Sabotage ihren Weg auf solide und unverwüstliche Weise". Wie bewerten Sie diese Aussagen?

Das zeigt entweder, dass er von Wirtschaft nichts versteht oder dass er versucht, von den wirtschaftlichen Problemen abzulenken und dem politischen Gegner die Verantwortung zuzuschieben. Solange er diese Haltung hat, sehe ich keine Chance, dass es zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik kommt. [Internet-Link](#)

---

## EUROPÄISCHE UNION – TÜRKIE HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)  
-  $\pm 24\%$  unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)  
- 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)  
- stabile Bevölkerungsanzahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP) ➤ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP) ➤ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ➤ Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : \* EU : 38,5 % (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)  
\* Russland : 7,9% \* USA : 4,5%  
- Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.  
- Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.  
- Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10% )  
Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

### Die Türkei ist in der Welt :

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen
- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yachthersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals :** € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft :** Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010  
22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region  
+ 69 Millionen GSM-Abonnenten  
+ 40 Millionen Internet-Nutzer,  
erwartete 54,6 Millionen in 2014  
+ 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene  
→ Ausbau des e-governments
- **Tourismus :** Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

### ► REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien  
Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch  
Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafbuch  
Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit  
Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte  
Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit  
Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen  
Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung

Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005 : Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

**V.i.S.d.P:**  
**TÜSIAD Berlin Office**  
**Märkisches Ufer 28**  
**10179 Berlin**  
**berlinoffice@tusiad.org**